

# Wenn Geschichte auf der Strecke bleibt

## Streitpunkte in der Linken zur Friedens- und Sicherheitspolitik

Detlef Bimboes

Mit dem Ukraine-Krieg ist neuerlich die militärisch ausgetragene Gewalt nach Europa zurückgekehrt. Der Ruf von 1990 nach einem Gemeinsamen Haus Europa ist längst verhallt. Die alten Geister sind zurück. Allerorten bestimmen inzwischen Aufrüstung und massenmediales Kriegsgeschrei die öffentliche Diskussion. Die Megamaschine der Gewalt, die alte Geisel der Menschheit ist zurück und tritt wieder an. Gewalt als konstituierender Bestandteil der Menschheitsgeschichte über alle Gesellschaftsformationen hinweg und in all ihren Formen gegen seinesgleichen und die Natur. Wie ist es dazu gekommen, wer sitzt im Maschinenhaus der Gewaltmaschine, wer hat sie in Bewegung gesetzt und wer sorgt dafür, dass sie immer wieder mit neuem Brennstoff gefüttert wird? Darüber werden erbitterte Auseinandersetzungen geführt und die bis weit in die Linke reichen.

Vor einigen Wochen hat sich aus dem Kreis der Linken Paul Schäfer mit einem Beitrag zu Ursachen und Hintergründen des Ukraine-Krieges gemeldet. Er erschien in „Blätter für deutsche und internationale Politik“ Nr. 02/2023 mit dem Titel „Ein Jahr russischer Angriffskrieg: Das Elend der linken Legenden“. Inzwischen ist der Beitrag im Kern unverändert unter dem Titel „Legenden und Tatsachen - Zur Vorgeschichte des Krieges gegen die Ukraine“ bei der Rosa Luxemburg Stiftung erschienen (Schäfer, 2023). Es ist ein Beitrag, der reichlich Unkenntnis über diejenigen verrät, die im Maschinenhaus der Gewaltmaschine sitzen, über die politischen Steuermänner, die Ingenieure der Macht und die größeren und kleineren Maschinisten und Einheizer, die die Maschine am Laufen halten. Schäfer diffamiert pauschal einen Großteil der Linken und führt damit in die Irre<sup>1</sup>. Er greift einen hoch streitbefangenen Diskurs auf, der sowohl innerhalb der Partei DIE LINKE geführt wird, als auch von Linken aus anderen Parteien und Bewegungen. Das alles macht es sinnvoll, darüber die Auseinandersetzung zu suchen und zwar als ehemals langjähriges SPD-Mitglied und als

---

<sup>1</sup> In die gleiche Kerbe schlägt Blätter-Chefredakteur Albrecht von Lucke, wenn er – wenn auch etwas moderater formuliert - schreibt: *Von der Notwendigkeit einer „Kriegswirtschaft“ und dem massiven Hochfahren der Rüstungsindustrie ist bereits die Rede, um der Ukraine die erforderliche Munition und Bewaffnung zur Verfügung zu stellen.* [6] *Und das aus gutem Grund: Denn nur einer zur Verteidigung fähigen Ukraine kann das letztlich Entscheidende gelingen, nämlich Putin die Bereitschaft zu Verhandlungen abzutrotzen. All das wird auch für die deutsche Bevölkerung Wohlstandseinbußen bedeuten. Worauf es daher jetzt vor allem ankommt, ist die Führungskraft einer Regierung, die dies der Bevölkerung erklärt und offensiv für ihre Politik kämpft“.* (<https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/februar/land-ohne-fuehrung-das-schweigen-des-kanzlers>)

jemand, der sich seit Ende der sechziger Jahre der Friedensbewegung und einer alternativlosen Ost- und Entspannungspolitik verbunden weiß. Vor diesem Hintergrund verfolge ich schon seit über zwanzig Jahren die Umbrüche in Osteuropa mit Blick auf die Energieversorgung Westeuropas durch Russland. Sie ist untrennbar mit Politik und Geschichte verbunden. Deshalb soll an dieser Stelle die Auseinandersetzung anhand von **drei offenkundig inhaltlichen Schwachpunkten in der Argumentation von Paul Schäfer** geführt werden. Sie ist für eine zeitnahe Antwort des Beitrages so kurz als möglich gehalten und verweist, wo notwendig, auf weiterführende Literatur.

## **1. Unkenntnis, warum das Gemeinsame Haus Europa scheiterte**

Paul Schäfer nimmt die tiefgreifenden geopolitischen Umbrüche nach 1990 nicht ausreichend zur Kenntnis. Erhard Crome hat in einem kurzen und aufschlussreichen Beitrag im „Blättchen“ auf den Grund hingewiesen. Er „leugnet wissenschaftsmethodisch die Relevanz einer geopolitischen Betrachtung“ (Crome, 2023).

Deshalb bleibt ihm auch verborgen, wer die treibende Kraft war, die die Charta von Paris auf dem Müllhaufen der Geschichte landen ließ und mithin die Voraussetzungen für ein Gemeinsames Haus Europa zum Einsturz brachte. Treibende Kraft war – bald schon ein Allgemeinplatz - das US-Imperium zur Sicherung seiner globalen Vorherrschaft. Hierzu nur ein paar Stichworte. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts beschränkte sich die amerikanische Geopolitik in Übereinstimmung mit der Monroe-Doktrin auf den amerikanischen Kontinent. Das änderte sich im Verlaufe des von Nazi-Deutschland angezettelten II. Weltkriegs und der hierzu in den USA geführten strategischen Diskussionen. Allerdings konnten die Pläne zur globalen Vorherrschaft der USA durch Blockkonfrontation und Kalten Krieg nicht weiter verfolgt werden. Sie lebten erst nach dem Zerfall des Staatssozialismus und dem Ende der Sowjetunion wieder auf. Prominent vertreten durch den „no rivals“ Plan, der 1992 als Wolfowitz-Doktrin bekannt wurde, benannt nach seinem Verfasser, dem damaligen Staatssekretär Paul Wolfowitz im US-Verteidigungsministerium.

Und mit dem 1991 auf dem NATO-Gipfel in Rom beschlossenen „Neuen Strategischen Konzept des Bündnisses“ wurden die Voraussetzungen für ein militärisches Eingreifen in Ländern jenseits des Bündnisgebietes geschaffen. Hier ging und geht es letztlich im Kern um die Durchsetzung weltweiter wirtschaftspolitischer Interessen.

## **Das Interesse der USA - Zusammenarbeit Russland und Westeuropa verhindern**

Entscheidend bleibt in diesem Zusammenhang, dass es eine enge Zusammenarbeit von Russland und Westeuropa, insbesondere mit Deutschland, auf dem eurasischen Kontinent zu verhindern galt. Zbigniew Brzezinski's Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ aus dem Jahre 1997 verschaffte bereits Vorahnungen auf heraufziehende Konflikte Russlands mit der Ukraine.

## **2. Kein klarer Blick auf Rechtsentwicklungen in Baltikum, Ostmitteleuropa und Kräfteverschiebungen in EU-Institutionen**

Russische Sicherheitsinteressen und mithin der Anspruch, als Land auch ernst genommen zu werden, verloren sukzessive an Bedeutung (Verheugen, 2023). Paul Schäfer zieht aber falsche Schlüsse, weil er die Geschichte in Osteuropa nicht richtig in den Blick nimmt.

Nach der Niederlage des Faschismus wurden das Baltikum und die ostmitteleuropäischen Staaten in den Macht- und Herrschaftsbereich der Sowjetunion integriert. Mit Blick auf die Vorkriegszeiten bestanden hier staatlicherseits mit Ausnahme der Tschechoslowakei konservative bis reaktionäre Verhältnisse. Estland, Lettland und Litauen, in den Vorkriegszeiten diktatorisch regiert und mit autoritären, nationalistischen und faschistischen Traditionen in Politik und Kultur, wurden als baltische Sowjetrepubliken Teil der Sowjetunion. In den ostmitteleuropäischen Staaten kamen kommunistische Parteien an die Macht. Repressive und autoritäre Verhältnisse kehrten ein. Widerstand – ob reaktionär in die Vergangenheit weisend oder demokratisch für mehr Freiheit in die Zukunft weisend - wurde nicht geduldet und gebrochen. So der faschistisch geprägte, bewaffnete Widerstand der Waldbrüder im Baltikum, der seine Entsprechung im Kampf der Partisanenbewegung Banderas in der Ukraine fand (Gräfe, 2010; Motyka, 2006; Rossoliński-Liebe, 2017, 2022). Oder jene Bewegungen wie in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei, die für mehr Arbeiterrechte, Selbstverwaltung und Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft kämpften (Dalos, 2006; Ebbinghaus, 2008; Wilke, 2009; Gehrke, Horn, 2018).

Diese Niederlagen bildeten einen günstigen Nährboden für die Durchsetzung des neoliberalen Weges in den Kapitalismus, für den Eintritt in EU und NATO. Es waren sowohl zerbrochene Hoffnungen auf mehr Demokratie als auch im jahrzehntelangen Widerstand konservierte, konservative bis reaktionäre gesellschaftspolitische Auffassungen, vielfach von

Antisemitismus durchdrungen samt Hass und Wut auf Russland und seine Menschen getragen.

### **Misstrauen gegenüber Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr**

So wurde der Ost- und Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr insbesondere von Tschechen und Polen wenig getraut und als Schmusekurs gegenüber den Machthabern in der Sowjetunion gewertet. Das galt auch für die Helsinki-Verträge von 1975, dem Ausgangspunkt der heutigen, weitgehend zahnlos gewordenen OSZE. Von der Geschichte her wird Deutschland und Frankreich in Osteuropa grundsätzlich misstraut (Wagner, 2003).

Wegen der Angst vor Russland waren Mitgliedschaft in EU und Nato von Beginn an alternativlos. Die USA genossen und genießen große Wertschätzung, weil sie bald nach Ende des II. Weltkriegs entschieden gegen den Kommunismus sowjetischer Prägung aber natürlich auch jeglicher Spielart (auch sozialistischer) antraten und am Ende damit Erfolg hatten. Große Teile des neu erwachten, bürgerlichen Osteuropas halten offensichtlich auch wenig davon, wenn soziale Sicherheit mit entsprechender Reglementierung einhergeht. Denn den „Osteuropäern ist das individualistische Projekt von der Verwirklichung des persönlichen Glücks näher als die westeuropäische Parole von der sozialen Sicherheit mit ihrer hochgradigen Reglementierungspolitik“ (Wagner, 2003).

### **Die neuen Machteliten in Osteuropa**

Nach dem Zerfall des Staatssozialismus, der Durchsetzung des neoliberalen Kapitalismus und damit einhergehender Zerstörung der sozialen Verhältnisse formierten sich in den politischen Prozessen neue Machteliten im Baltikum, in Ostmitteleuropa, Bulgarien und Rumänien (Hofbauer, 2007). Im Baltikum und Ostmitteleuropa verbanden sich dabei aus dem Widerstand kommende, einflussreiche Kräfte mit zahlreich zurückgekehrten, neoliberal ausgerichteten und wirtschaftlich bald einflussreichen Emigranten. Diese kamen größtenteils aus den USA und Kanada und haben dort in Wirtschaft, Kultur und Politik in viel größerem Umfang Karrieren gemacht als in Westeuropa.

Die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen über Vergangenheit und Gegenwart haben in den einzelnen Ländern zu einer immer wieder umkämpften Gemengelage geführt. Dabei sind vielfach konservative, nationalistische Traditionsbestände wieder lebendig geworden und haben an Kraft und Einfluss gewonnen (Vetter, 2017).

Von besonderer Bedeutung ist der Umgang mit Russland seit dem Machtantritt Putins. Im Baltikum ist er seitens der herrschenden Machteliten von rigoroser Ablehnung und strikter Anbindung an „den Westen“ getragen. In Polen ist es ebenso, mitbestimmt von jahrhundertelanger Zerrüttung des polnisch-russischen Verhältnisses. Die generelle russlandfeindliche Haltung in Polen wird allerdings von der politischen Rechten in besonderer Weise gepflegt und zugespitzt. In Tschechien, Slowakei und Ungarn halten einflussreiche Kräfte (u. a. Vaclav Klaus, Zeman, Fico, Orban) an einem pragmatischen Umgang mit Russland fest und der auch bevölkerungsseitig gestützt wird. Diese „Putin-Versteher“ lassen sich rechtssozialdemokratischen, konservativen bis nationalistischen Positionen und Strömungen zuordnen und die mit entsprechenden in Russland korrespondieren.

Nicht zu unterschätzen ist, dass alle russlandkritischen bis feindlichen Kräfte insbesondere die Unterstützung der USA genießen und die Angst vor Russland über deren Botschaften, Bildungseinrichtungen, die Förderung von Führungskräften etc. befestigt wird.

### **Neue Machteliten in Osteuropa setzten auf Abrechnung mit Russland**

Große Teile der neuen Machteliten in Osteuropa hatten aus den oben genannten Gründen kein Interesse an einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa unter Einschluss Russlands. Ihnen ging es – was Paul Schäfer nicht richtig einordnet - um Abrechnung mit Russland. Wut und Hass auf die Vergangenheit und das Verlorene regierten. Nur kann so aber kein Frieden zwischen Völkern entwickelt werden. Und so fehlte jeder Wille, sich gemeinsam die Hand zu reichen über alle Gräben hinweg, um eine gemeinsame, friedlichere Zukunft aufzubauen auf diesem historisch auf weite Strecken von Gewalt durchzogenen, von Weltkriegen und ungeheuren Menschenopfern geschundenen Kontinent. Damit machen sich neue, antirussisch orientierte Machteliten in Osteuropa mitschuldig, wenn es auf diesem Kontinent wieder zu großen (Welt)Kriegen kommt.

Und mit der Aufnahme der baltischen Staaten, von Polen und weiterer ostmitteleuropäischer Staaten in die EU und Nato gewann in diesen Institutionen aufgrund der Integration von politischem Personal ebenfalls eine antirussische Stoßrichtung an Gewicht. Die Erweiterung des EU-Parlaments und die Stärkung russlandfeindlicher, konservativer und rechtskonservativer Kräfte beförderte ebenfalls diese Entwicklung.

### **3. Fehlender Blick auf die Dämonisierung Russlands, Unkenntnis russischer Geschichte und von Einkreisungsängsten**

Das Ende der Sowjetunion und damit der im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Staaten beruhte im Kern auf einer ineffizienten Planwirtschaft, die es nicht vermochte, Markt und Plan miteinander zu verbinden. Weitreichende Wirtschaftsprogramme unter Gorbatschow scheiterten dann durch den Einbruch des internationalen Erdölpreises Mitte der achtziger Jahre und beschleunigten den Niedergang der Wirtschaft. Der drastische Einbruch des Erdölpreises trat erst ein, als sich die Sowjetunion anschickte, ein ehrgeiziges Reformprogramm mit dem Verkauf von Erdgas aus dem riesigen Erdgasfeld Urengoi in Westsibirien zu finanzieren. Als Gorbatschow im März 1985 an die Macht kam, lag der Ölpreis noch bei 34 Dollar pro Barrel. Jährliche Einnahmen von 60 Milliarden Dollar basierten just auf diesem Ölpreis. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Fünfjahresplans war der Ölpreis auf unter 20 Dollar pro Barrel gefallen. Es deutet alles auf einen gezielten Schlag der damaligen Reagan-Administration hin, um die Perestroika zu verhindern und was sicherlich auch einer Absprache mit der Erdölweltmacht Saudi-Arabien bedurfte. „Bis heute – so Martin Walker schon 1996 – stößt man nur selten auf eine ernsthafte Einschätzung der Rolle der Ölpreise beim Zusammenbruch der Sowjetunion“ (Walker, 1996).

Wenngleich das wichtig war für den Niedergang der sowjetischen Wirtschaft, so war dies aber auch zahllosen hastigen, unausgereiften Vorschlägen einer zunehmend kopflosen sowjetischen Führungsmannschaft zur Reform der Wirtschaft geschuldet. Das Ende wurde dann durch die Einbindung des IWF und seiner Berater herbeigeführt. Durch den Voucher-Kapitalismus wurde das Land in großes wirtschaftliches und soziales Elend gestürzt. Ein ungezügelter Oligarchenkapitalismus - ein regelrechter Raubtierkapitalismus - entstand, der erst durch den Machtantritt von Putin im Jahre 1999 beendet wurde. Allerdings blieben die unter Jelzin wieder zurückgekehrten, autoritären Herrschaftsstrukturen bestehen und konnten sich festigen. Es kam zu einer Neuordnung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Russland, die als „oligarchisch-etatistische Ordnung beschrieben werden kann“ (Jaitner, 2022). Genauer lässt sich diese Ordnung als ein eher staatskapitalistisches System charakterisieren mit enger Verknüpfung von wirtschaftlichen mit politischen Machtpositionen (Bollinger, S. 36, S.41, 2022). Dabei garantiert Putin als oberste Instanz den Konsens der widerstreitenden Interessen. Das System stützt sich auf zwei mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche Monopole, die den Öl- und Gassektor (Gazprom,

Rosneft) beherrschen. Außenwirtschaftlich sind diese Monopole für Ökonomie und Einnahmen von entscheidender Bedeutung. Innenpolitisch werden die Verhältnisse repressiv abgesichert, was sich insbesondere gegen einen Teil der in den Großstädten wachsenden Mittelschicht richtet. „Sie fühlen sich von politischen und wirtschaftlichen Schwankungen selbst weit stärker betroffen und waren darum die Trägerschicht für politische Proteste in den letzten Jahren“ (Bollinger, S. 37, 2022).

### **Nach Machtantritt von Putin – transatlantische Kräfte formieren sich**

Insbesondere nach dem Machtantritt Putins ab 1999 und der Rückgewinnung staatlicher Handlungsfähigkeit begannen sich nach und nach auf breiter Front und auf allen Ebenen die transatlantischen und antirussisch orientierten Kräfte in der EU zu formieren. Das war nicht nur auf Ebene von EU-Kommission und EU-Parlament zu beobachten, sondern in allen Mitgliedstaaten der EU. Besonders gut ließ sich das hierzulande sehen in der deutschen Politik und zwar anhand von Parteien, Medien, Think Tanks, Stiftungen, NGO und dem Mainstream der Geschichtswissenschaften, der sich mit Außenpolitik und osteuropäischer und russischer Geschichte befasst. Letzteres vielfach im Einklang mit russischen Emigranten, die bestens im Wissenschaftsbetrieb verankert und vernetzt sind.

### **Wachsende Missachtung russischer Besorgnisse und Interessen**

Die ausgestreckte Hand Putins nach Westen, zur EU wurde mehr und mehr zurückgewiesen. Seine Warnungen auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 vor einer von den USA dominierten unipolaren Welt und dem Vorrücken der Nato auf Russlands Staatsgrenzen wurden ignoriert und von den Massenmedien mit Hohn und Spott bedacht. Das blieb nicht ohne Rückwirkungen auf tonangebende politische Kräfte in Russland.

In diesem Zusammenhang sei auf einen aufschlussreichen Beitrag des amerikanischen Journalisten Branko Marcetic verwiesen (Marcetic, 2023). Er zeigt, belegt durch zahlreiche Quellen - darunter in die Öffentlichkeit gelangte diplomatische Depeschen - wie Washington die Kriegsgefahr im Zuge der Osterweiterung in Kauf nahm.

Anhand einer langen Informationskette wird deutlich, dass bereits der prowestlich orientierte Boris Jelzin gegenüber dem damaligen Präsidenten Bill Clinton erklärte, „er sehe nichts als Demütigung für Russland, wenn Sie derart weitermachen“ und warnte davor, dass dieser Schritt „die Saat des Misstrauens säen und „nicht nur in Russland als der Beginn einer neuen Spaltung Europas interpretiert werden“ würde. Und George Kennan, Architekt der

Containment-Strategie sagte voraus, dass „der Beschluss, die Nato-Ausweitung voranzutreiben“, dazu beitragen wird, „die Feindseligkeit und den Nationalismus in Russland zu schüren“. Das russische Parlament, die Duma, erklärte sie „zur größten militärischen Bedrohung für unser Land in den letzten 50 Jahren“.

Dennoch gab es in den ersten Jahren nach Antritt der Präsidentschaft Putins eine ganze Reihe von Signalen über Möglichkeiten für eine Verständigung in dieser zentralen Frage. Wenngleich Putin auch gegenüber dem damaligen Nato-Generalsekretär im Februar 2001 erklärte, dass die Nato-Ausweitung „eine Gefahr für Russland“ sei, so äußerte er dennoch „öffentlich die Idee, dass Russland dem Bündnis beitreten könnte“. Und um mit der damaligen US-Regierung unter Präsident George W. Bush eine gemeinsame Basis zu finden, erklärte Putin, dass man die „Erweiterung überdenken“ würde, „solange wir das Gefühl haben, in den Prozess einbezogen zu werden“. Für solche Aussagen wurde er in Russland von politischen Gegnern und aus Kreisen der Machteliten angegriffen.

Dennoch wurde die Nato-Osterweiterung weiter vorangetrieben und fand einen ersten vorläufigen Abschluss im Jahre 2004. Interessanterweise erklärte Außenminister Lawrow noch im Jahre 2005 auf Nachfrage in einem Interview mit dem Handelsblatt, dass sowohl Georgien als auch die Ukraine das Recht hätten, „selbst zu entscheiden, welcher Organisation sie beitreten wollen“. Lawrow wies dann aber auf die Frage, ob die Ankündigung von Präsident Putin, Russland werde sein Atompotenzial modernisieren, als Drohung zu verstehen ist, daraufhin, dass „um uns herum Prozesse geschehen, die man genauso gut als Drohung missverstehen könnte. Wir sind Partner der Nato, sehen aber keinen Sinn in ihrer Erweiterung. Wir sind Partner der USA, verstehen aber deren Pläne zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems nicht“ (Handelsblatt, 2005).

Russlands außenpolitischer Blick veränderte sich dann aber nach und nach. Dazu gehörten die erwähnten Pläne zum Aufbau des Raketenabwehrsystems, von dem Teile in Tschechien und Polen stationiert werden sollten. Dazu gehörten die immer härter ausgetragenen Auseinandersetzungen über die Energieversorgung Westeuropas mit russischem Erdgas. Als Stichworte sollen an dieser Stelle der Bau der ersten Ostseepipeline, die schweren Gaskonflikte zwischen der Ukraine und Russland mit Auswirkungen auf die europäische Versorgungssicherheit und der erbitterte Kampf gegen die Nord Stream 2 Pipeline genügen



(Bimboes, 2006, 2019). Gleichzeitig richtete sich Russlands Blick immer stärker auf Gefahren einer möglichen Nato-Mitgliedschaft der Ukraine (Verheugen, 2023).

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzungen veränderten sich die Koordinaten russischer Außenpolitik. Marcetics Beitrag macht deutlich, dass sämtliche Depeschen und Berichte von westlichen Diplomaten und Fachleuten zeigten, wie sich Sorgen und Nervosität vor einer Einkreisung in den russischen Eliten breit machte. Stellvertretend sei aus einer Depesche aus dem Jahr 2007 zitiert, die vom damaligen US-Botschafter in Russland, William Burns, stammt und der heute Bidens CIA-Direktor ist. So kam er nach „Nach Gesprächen mit verschiedenen "russischen Beobachtern" aus regionalen und US-amerikanischen Denkfabriken.....zu dem Schluss, dass "die Nato-Erweiterung und die Stationierung von US-Raketenabwehrsystemen in Europa die tiefe russische Angst vor einer Einkreisung nähren" (Marcetics, 2022).

Für Unruhe sorgte nicht nur die Missachtung legitimer Sicherheitsinteressen Russlands, sondern auch eine regelrechte Dämonisierung Russlands und das alte Russenhass wieder lebendig wurde. Hinzu traten Sorgen um Auflösung des Vielvölkerstaats und um Eroberung des Ressourcenreichtums. Das alles zusammen stärkte national-konservative Kräfte in Regierung, Staat und Wirtschaftskreisen. Widerstand aus der Zivilgesellschaft heraus wurde zunehmend repressiv unterbunden.

## **Ab 2008 nimmt Russlands Kurswechsel an Fahrt auf**

Die 2008 einsetzende globale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise führte nicht nur zu Auseinandersetzungen um das Wirtschaftsmodell, das fast zehn Jahre für Aufschwung im Land gesorgt hatte. Parallel dazu begannen erste Schritte zur außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Neuorientierung des Landes. Stichworte sind hier ein stärkeres Gegengewicht zur US-Hegemonie, die Abkehr vom Westen, die Hinwendung auf den asiatischen und postsowjetischen Raum zur Öffnung neuer Geschäftsfelder für Öl und Gas sowie forcierte Aufrüstung. Diese Wege wurden zunehmend beschritten, bestärkt durch den Euromaidan in der Ukraine und zahllose Sanktionspakete von EU und USA. Dabei konnten national-konservative Kräfte ihren Einfluss ausbauen und forderten eine stärkere Binnenmarktorientierung mit einer dafür notwendigen industriellen Entwicklung. Zugleich wuchs ihr ideologischer Einfluss auf die Außenpolitik und verband sich mit großrussischem Chauvinismus. Deutlich wurden diese Positionen anhand der Begründungen bei dem unter Bruch des Völkerrechts mit der Ukraine begonnenen Krieg.

## **Der Ukraine-Krieg braucht zu seinem Ende kluge Entspannungspolitik**

Inzwischen beginnen Nato und EU gemeinsam ihre Kräfte zu bündeln. Neue Stufen der Eskalation drohen. Jüngst durch die Zusage, schwere Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern. Russland wird – selbst wenn es irgendwann zum Frieden kommt - geschwächt aus diesem Krieg herausgehen und seine bisherigen Bindungen an China noch vertiefen müssen. Gewinner werden bis auf weiteres jedenfalls die USA sein. „Verlierer sind nicht nur die Ukraine und Russland., sondern auch die EU und Deutschland, die unter den USA verzweigen. Um das Morden zu beenden, braucht es nicht mehr Waffen, sondern eine kluge Entspannungspolitik“, so Erhard Crome in der Jungen Welt schon im April letzten Jahres. Danach sieht es wohl auf lange Zeit nicht aus. Die wenigen klugen Stimmen in unserem Land, darunter erfahrene Militärs, finden in Politik und Massenmedien derzeit kaum Gehör.

## **4. Die Megamaschine der Gewalt abschalten**

Die Megamaschine der Gewalt auf dem Globus und damit auch auf dem eurasischen Kontinent muss abgeschaltet werden. Gewalt ist konstituierender Bestandteil der Menschheitsgeschichte über alle Gesellschaftsformationen hinweg und zwar Gewalt in all ihren Formen gegen seinesgleichen und die Natur (Bimboes, Tjaden, 1992; Scheidler, 2018). Es ist die Gewalt der Herrschenden und Besitzenden, deren Interessen darauf gerichtet sind, auch mit militärischen Mitteln politisch-wirtschaftliche Einflussphären auszuweiten und zu sichern, sich Zugang zu Ressourcen und deren Ausbeutung zu verschaffen. Stets sind dafür Handelswege und Absatzmärkte im Visier. Anhand der Geschichte der russischen und sowjetischen Energiewirtschaft und der Konfliktregion Kaukasus – Kaspisches Meer lässt sich das beispielsweise zeigen (Bimboes, 2000 und Anlage). Und diese Gewaltgeschichte ist immer daran zu beurteilen, wer die treibenden Kräfte aus welchen Gründen waren und sind und wessen Interessen dabei unter die Räder kamen und welche Möglichkeiten bestehen, um diese Gewaltmaschine zu bändigen und ihr nach und nach den Boden zu entziehen. Jede globale Friedenspolitik hat die Pflicht, die kriegstreibenden Kräfte aus den Maschinenhäusern der Macht zu vertreiben, die Drehzahlgeschwindigkeit der Gewaltmaschine für Krisen, Konflikte und Kriege herunterzufahren und nach Wegen für ein friedlicheres Miteinander der Völker zu suchen. Ansonsten bleibt jegliche Lösung der globalen Mehrfachkrisen Makulatur.

## **Die Mitverantwortung des Westens, den Ukraine-Krieg zu beenden**

Russland hat zwar unter Bruch des Völkerrechts den Krieg gegen die Ukraine begonnen, aber wer die lange konfliktreiche Vorgeschichte des Krieges und die wachsende Missachtung russischer Sicherheitsinteressen nicht in den Blick nehmen will, der kann oder besser will nicht verstehen, wie es zu ihm kam und wer dafür sorgen kann und muss, ihn zu beenden. Für ein rasches Ende und notwendige Kompromisse können nur die USA und im Schlepptau mit England sorgen. Und hier besteht bislang keine Bereitschaft, beide sind an einem langen Abnutzungskrieg gegen Russland interessiert. Die nach und nach ans Tageslicht kommenden Details zu den gescheiterten Bemühungen des israelischen Ex-Premiers Bennett für einen Waffenstillstand sprechen dafür (Scheidler, 2023). Russland hat sich inzwischen auf einen langen Krieg eingestellt.

## **Warum England sich in die Konflikte mit Russland einmischt**

Die Interessen der in den USA herrschenden Klasse zur Sicherung ihrer globalen Vorherrschaft sind bekannt. Nie wieder soll ein Rivale in der Größe der Sowjetunion neben sich geduldet werden. Und ein geschwächtes Russland bietet gute Voraussetzungen, damit man sich China richtig vornehmen kann. Was aber hat die herrschende Klasse in England mit den Konflikten zu tun und warum mischt sie sich ein? Es sind die Nachwehen einer untergegangenen Weltmacht zur See mit ausgedehntem Kolonialbesitz. Das ganze 19. Jahrhundert war das Jahrhundert der Konflikte zwischen dem „englischen Walfisch“ und dem „russischen Bären“ um Vormachtstellungen, Handelswege, Absatzgebiete und Ressourcen rund um den eurasischen Kontinent. Englands herrschende Klasse sieht seit 1990 wieder Ansatzpunkte, sich an Russland zu rächen und ein bisschen wieder an alter Größe zu gewinnen. Es sind gleichsam Phantomschmerzen einer Vergangenheit, die nicht vergehen will. Doch so wird es keinen Frieden geben mit Russland auf dem eurasischen Kontinent. Denn ohne die Einbeziehung Russlands und damit Berücksichtigung seiner Interessen kann der nicht erreicht werden.

## **Polen und Baltikum – Wut und Hass auf Russland keine Basis für die Zukunft**

Das werden auch die hasserfüllten herrschenden Machthaber in Polen und den Baltischen Staaten begreifen müssen, denn derzeit tun sie alles, um Europa in einen großen Krieg gegen Russland zu treiben. So tragisch auch die Geschichte Polens und des Baltikums verlaufen ist - gerade auch die jüngere nach dem I. Weltkrieg - , so wenig tragen Wut und Hass zur Lösung der aufgestauten Probleme bei. Sie machen blind, kriegsbereit und nehmen die Folgen in

Kauf, ob bewusst oder unbewusst. Die regierende Rechte in Polen nimmt die ungerührt in Kauf und rüstet zu einer Großmacht auf.

### **Weiter Kurs halten für Frieden und Sicherheit auf dem eurasischen Kontinent**

Möglichkeiten für eine Versöhnung, den Ausgleich unterschiedlicher Interessen zwischen großen und kleinen Staaten und ein konfliktfreieres Miteinander bietet letztlich nur eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung und künftig eine eurasische unter Einschluss Chinas und Indiens. Insofern waren die Helsinki-Verträge aus dem Jahre 1975 ein sinnvoller Anfang. Ohne die Sowjetunion waren die nicht zu erreichen, denn schließlich war sie damals bestimmende Macht im Warschauer Pakt.

### **Literatur:**

1. Bimboes, Detlef; Tjaden, Karl Hermann: Stoff- und Energieflüsse und ihre Bedeutung für die Gesellschaftswissenschaften, in: Industrialismus und Große Industrie, Hrsg. Lars Lambrecht und Karl Hermann Tjaden (Dialektik; 1992,2), Meiner Verlag, Hamburg 1992;
2. Bimboes, Detlef: Zündstoff Öl und Gas – Die alte und neue Konfliktregion Kaukasus – Kaspisches Meer, Dossier Nr. 34 in „Wissenschaft und Frieden“ Nr. 2/2000;
3. Bimboes, Detlef: Das Erdöl und Erdgas aus dem Osten - Zur Geschichte der russischen und sowjetischen Energiewirtschaft, Beitrag für „Wissenschaft und Frieden“ vom 27.06.2000;
4. Bimboes, Detlef: Die Ostseepipeline - Das Erdgas aus dem Osten und der neue Kalte Krieg; veröffentlicht am 06.04.2006 beim Kasseler Friedensratschlag, <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/oel/bimboes.html>;
5. Bimboes, Detlef: Pipeline unter Feuer - warum Nord Stream 2 verhindert werden soll, Vortrag beim MEZ Berlin am 12.04.2019, <https://mez-berlin.de/veranstaltung/pipeline-unter-feuer-warum-nord-stream-2-verhindert-werden-soll.html>;
6. Bollinger, Stefan: Die Russen kommen, verlag am park, Berlin 2022;
7. Crome, Erhard: Verzerrte Spiegelung, in: Junge Welt, S. 12 vom 22.04.2022;
8. Crome, Erhard: Schäferstündchen, in: Blättchen Nr. 6 vom 13.03.2023, <https://das-blaettchen.de/2023/03/schaeferstuendchen-65101.html>; Abruf: 15.03.2023;
9. Dalos, György: 1956 - Der Aufstand in Ungarn, Beck-Verlag München 2006;
10. Ebbinghaus, Angelika: Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa – Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, VSA-Verlag Hamburg 2008;

11. Gehrke, Bernd/Horn, Gerd-Rainer (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter - Studien zum »proletarischen Mai« in Europa, 2. Auflage, VSA-Verlag, Hamburg 2018;
12. Gräfe, Karl Heinz: Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz – Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Bulletin für Faschismus und Weltkriegsforschung, Beiheft 6, Edition Organon, Berlin 2010;
13. Handelsblatt Interview mit Außenminister Lawrow: Russland öffnet Ukraine den Weg in die Nato, Handelsblatt vom 02.01.2005;
14. Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung – Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen, Promedia Verlag, Wien 2007;
15. Jaitner, Felix: Russland: Von autoritären Umbrüchen bis zum Krieg, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 130, Frankfurt a. Main Juni 2022;
16. Marcetic, Branko: USA wussten, dass man Russlands rote Linien bei Nato-Expansion überschritt, in: Telepolis vom 17.02.2023, <https://www.telepolis.de/features/USA-wussten-dass-man-Russlands-rote-Linien-bei-Nato-Expansion-ueberschritt-7518151.html?seite=all>; Abruf: 27.03.2023;
17. Motyka, Grzegorz: Der ukrainische Partisanenkampf 1941-1960. Die Tätigkeit der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufstandsarmee, Warschau 2006;
18. Rossoliński-Liebe, Grzegorz: Verflochtene Geschichten - Stepan Bandera, der ukrainische Nationalismus und der transnationale Faschismus, in Wochenzeitung "Das Parlament", Beilage APuZ vom 13.10.2017, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung;
19. Rossoliński-Liebe, Grzegorz: Stepan Bandera: The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist, ibidem Verlag, 2014;
20. Schäfer, Paul: Legenden und Tatsachen - Zur Vorgeschichte des Krieges gegen die Ukraine, in: Rosa Luxemburg Stiftung online, 23.02.2023 unter <https://www.rosalux.de/news/id/49988/legenden-und-tatsachen>; Abruf: 27.02.2023;
21. Scheidler, Fabian: Das Ende der Megamaschine – Geschichte einer scheiternden Zivilisation, Promedia Verlag, 10. Auflage, Wien 2018;
22. Scheidler, Fabian: Naftali Bennett wollte den Frieden zwischen Ukraine und Russland: Wer hat blockiert?, Beitrag in der Berliner Zeitung vom 06.02.2023, <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871>; Abruf: 06.02.2023;
23. Verheugen, Günther: „Willentlich und wissentlich eine Linie überschritten“, Interview mit Michael Meier in der Berliner Zeitung vom 11.02.2023, <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/verheugen-willentlich-und-wissentlich-eine-linie-ueberschritten-interview-mit-michael-meier-li.314871>

[zeitung.de/politik-gesellschaft/guenter-verheugen-willentlich-und-wissentlich-eine-linie-ueberschritten-li.316010](http://zeitung.de/politik-gesellschaft/guenter-verheugen-willentlich-und-wissentlich-eine-linie-ueberschritten-li.316010); Abruf: 11.02.2023;

24. Vetter, Reinhold: Nationalismus im Osten Europas – was Kaczyński und Orbań mit Le Pen und Wilders verbindet, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007;

25. Wagner, Richard: Tellerwäschertraum – warum die Osteuropäer sich Amerika näher fühlen, in Frankfurter Rundschau Nr. 131, S. 9 vom 07.06.2003;

26. Walker, Martin: China und die neue Epoche der Rohstoffverknappung, in Blätter für deutsche und internationale Politik Nr.7, S. 850, Bonn 1996;

27. Wilke, Manfred: Systemkrisen in den sozialistischen Staaten, in:

[https://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon\\_frame.html](https://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon_frame.html); Abruf: 12.03.2023.

Fertigstellung: 04.04.2023

**Verfasser:** Dr. Detlef Bimboes, geb. 1946, Diplombiologe mit Schwerpunkt Umwelt, Chemie und Rohstoffe und war von 1979 bis 2008 Mitarbeiter der Agrar- und Umweltverwaltung.

**Danksagung:** Eckhard Dietz und Klaus Dräger sei herzlich gedankt für viele Anregungen und Literaturhinweise.

## Anlage

### **Russlands Geopolitik**

Staatliche, macht- und herrschaftsbasierte Politik ist immer von Interessen nach innen und außen bestimmt. Darin unterscheidet sich Russland nicht von anderen Ländern wie den USA, England oder Deutschland. Russland ist ein zentralstaatlich organisierter Vielvölkerstaat und der Welt größter Flächenstaat auf dem eurasischen Kontinent mit enormen, bislang nicht annähernd ausgeschöpften Rohstoffvorkommen. Russlands Ängste in seiner Geschichte, die denen während der Zarenherrschaft und der früheren Sowjetunion gleichen, wurzeln im inneren Zusammenhalt des Vielvölkerstaats, der territorialen Ausdehnung, den langen Landgrenzen, den wenigen land- und seeseitigen Zugängen zu Weltmeeren und Welthandel, der immer wieder gescheiterten Landnahme ausländischer Großmächte und dem Zugriff auf Besitz und Ausbeutung seines Ressourcenreichtums. Hier liegen die Gründe zur Wahrung und Verteidigung seiner Sicherheitsinteressen.

**Die russischen Sicherheitsinteressen formierten sich nach dem Ende der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Pakts sukzessive neu**, nachdem die Charta von Paris für ein gemeinsames Haus Europa bewusst nicht eingelöst und der Weg für eine gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa verlassen wurde. Beides war nicht im Interesse globaler, imperialer Herrschaftssicherung der USA und letztlich auch immer weniger – die widersprüchliche Europäische Nachbarschaftspolitik zeugt davon - im Interesse der EU. Grundlagen dafür wurden mit der 1992 bekannt gewordenen Wolfowitz-Doktrin („no rivals plan“) gelegt. Gegen Russland wurde ein regelrechter Sperrgürtel aufgebaut mit der bis 2004 abgeschlossenen Aufnahme der baltischen Staaten, der ostmitteleuropäischen Staaten und von Bulgarien und Rumänien in EU und Nato.

Und die mit Blick auf die Ukraine formulierten Positionen des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski sind aktueller denn je, die er mit seinem Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ öffentlich machte. Auch in der kaspischen Region wurden die Interessen der USA nach 1990 rasch deutlich. Russlands Einfluss sollte verdrängt und die Region für international agierende US-Öl- und Gaskonzerne geöffnet werden für die Ausbeutung der Öl- und Gasvorräte (Bimboes, 2000). Und die Bestrebungen der EU für einen „Euroasiatischen Transportkorridor“ liefen faktisch darauf hinaus, Russland zu umgehen. Sie erfüllten sich aber bislang größtenteils nicht, insbesondere auch wegen der in den letzten Jahren in Angriff genommenen großen chinesischen Seidenstraßenprojekte.

### **Russland - Geopolitik regional und global**

Vor diesem Hintergrund richteten sich die russischen Sicherheitsinteressen in erster Linie auf die unmittelbar an sein Territorium angrenzenden Staaten, insbesondere jene mit Blick nach Westeuropa und zur kaspischen Konfliktregion hin. Sie wurden früher „nahes Ausland“ genannt und sind ehemalige Teile der Sowjetunion und des vormaligen zaristischen Russlands. Zur Sicherstellung russischer Vormachtstellung im postsowjetischen Raum wird eine möglichst enge politische, wirtschaftliche, aber auch militärische Zusammenarbeit angestrebt. Immer im Blick ist dabei, dass sich diese Staaten nicht gegen Russland wenden und was sich mithin negativ auf die innere Stabilität des Vielvölkerstaats auswirken könnte. Bereits im Jahre 2002 wurde das von Russland angeführte Militärbündnis **OVKS** zur Abwehr äußerer (und innerer) Bedrohungen gegründet. Von großer Bedeutung für Russland ist die Mitgliedschaft in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (**SOZ**), die 2001 gegründet wurde und deren Ziele sich auf alle relevanten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Themen erstrecken. Anfang 2015 wurde die Eurasische Wirtschaftsunion (**EAWU**) gegründet, die aus der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft hervorging. Inzwischen nimmt die Abkehr vom Westen, die Hinwendung auf den postsowjetischen und asiatischen Raum sowie den globalen Süden zur Öffnung neuer Geschäftsfelder, insbes. für Öl und Gas, an Fahrt auf.